

## **Hartz IV muss weg – aber es geht um mehr !**

Der leider viel zu früh verstorbener Soziologe Michael Chrapa schrieb 1998 in einem Artikel für Utopie kreativ: „Die ‚soziale Frage‘ verkörpert den wahrscheinlich tiefgreifendsten Widerspruch der nächsten Jahrzehnte, das Prinzip der ‚Nachhaltigkeit‘ steht für eine Wende in der politisch – sozialen Logik der Entwicklung.“, 1998, S. 27)

Da wusste er noch nichts von Hartz IV, wohl aber von dem Generalangriff zur Umverteilung von unten nach oben. Damals gab es die Demonstrationen unter der Überschrift: Kohl muss weg !

Die Demonstrationen heute sind aus mehrerlei Gesichtspunkten beeindruckend: Menschen setzen sich aus persönlicher Betroffenheit zur Wehr. Sie finden Worte, Gesten, malen Plakate, bringen ihre Kinder mit. Der Frust auf Politik und Politiker ist groß, zu Recht, wie mir scheint. Wut und Angst diktieren ihre Reden. Sie denken an ihre Kinder, an junge Leute, die hier keine Perspektive sehen und abwandern, sie ahnen etwas von Massenarbeitslosigkeit und Kaufkraftverlust, fordern diejenigen, die noch Arbeit haben oder selbständig sind auf, mitzukommen. Bei uns in Suhl ging zwei Mal eine Frau ans Mikrofon, die im Handel arbeitet. Sie muss täglich mehr als 8 Stunden arbeiten und fordert deshalb eine gerechtere Verteilung von Arbeit. Die einen werden krank vor Arbeit, die anderen, weil sie keine haben...

Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhne und perspektivisch eine soziale Grundsicherung, die diesen Namen verdient sind machbare Alternativen, die die PDS schon seit längerem vorschlägt. Manch einer schüttelt ungläubig den Kopf: Woher soll das Geld kommen? Der Staat ist verschuldet? Richtig. Aber Geld ist da. In einem Land, wo auf sieben Arbeitslose ein Millionär kommt, stimmt etwas nicht. Allein wenn der Spitzensteuersatz ab 1.1. 2005 nicht – wie die Bundesregierung vorsieht, um 3 % gesenkt würde, wären damit 6 Mrd. mehr in der Staatskasse. Damit könnte das Arbeitslosengeld II sofort auf 400 € in Ost und West aufgestockt werden, wenn man wollte....

Diesen Kampf politisch zu führen, scheint mir sehr wichtig. Vorschlägen zur „Aufbesserung“ von Hartz setzen m. E. die grundsätzliche Kritik an dem Gesamtprozess der Agenda 2010 mit allen einzelnen Aspekten keinesfalls außer Kraft. Im Gegenteil: Das hat sehr wohl etwas mit strategischen Fragen zu tun, denn die PDS hat sich programmatisch das Projekt einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung als individuelles Recht für alle, die ihre Existenz nicht durch eigene Arbeit sichern können oder Arbeit nicht bekommen, auf die Fahne geschrieben. Eine wirkliche Grundsicherung muss her, die diesen Namen verdient, denn was SPD und CDU jetzt Grundsicherung für Arbeitssuchende nennen, ist keine. Es ist eine Armutsfalle, weil sie nicht den Weg in versicherungspflichtige Arbeit und damit für den Erwerb neuer Ansprüche aufweist. Eine soziale Grundsicherung als Bürgerrecht für alle, die ihr Leben - aus welchen Gründen auch immer- nicht auf eigene Arbeit stützen können. Es wäre ein Schutz gegen den Absturz in Armut und gleichzeitig ein Rückhalt, um sich gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen und Zwang zu wehren, ohne gleich ins soziale AUS zu fallen. Wie aber soll das erreicht werden ? Es gibt m.E. nur einen Weg:

Es geht um die Umverteilung von Reichtum in dieser reichen Bundesrepublik. Die PDS hat nicht erst jetzt Überlegungen entwickelt, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, die Erbschaftssteuer zu reformieren und eine Börsenumsatzsteuer auf

den Weg zu bringen. Es braucht gesellschaftliche Mehrheiten, um das zu verwirklichen. Das Geld darf nicht dem Markt und der Konsumtion entzogen werden, sondern es muss zirkulieren, bei Menschen, die es brauchen, in Städten und Gemeinden für kommunale Dienstleistungen und die Verbesserung der Infrastruktur, bei Klein – und Mittelständlern, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen versicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen wollen und können.

Mit Hartz IV wird keine Arbeit geschaffen, sondern es werden Arbeitsplätze vernichtet, wenn Tausende Menschen für weniger als im Niedriglohnbereich notwendige Arbeit leisten. So z.B. im Pflegebereich. Niemand hätte etwas dagegen, den pflegebedürftigen Menschen vorzulesen, mit ihnen zu sprechen und spazieren zu gehen. Aber wird diese Arbeit nicht dazu führen, Pflegefachkräfte immer mehr zu verdrängen, weil es doch so einfach ist, wenn die neuen Helfer auch Trinken und Essen verabreichen und bei anderen Pflegeleistungen mithelfen. Da lässt sich prima sparen, auf Kosten von Qualität und professioneller Arbeit, die eben nicht durch Hilfskräfte ersetzt werden kann und darf.

Die PDS muss dafür sorgen, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um aus den Taschengeldjobs versicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen. Wir brauchen kommunale Beschäftigungsinitiativen und Programme, wo entsprechenden konkreten Bedingungen gemeinwohlorientierte Arbeit geleistet werden kann: Strukturprogramme für soziale Infrastruktur, d.h. Instandhaltungs- und Entwicklungskonzepte für sozio - kulturelle Einrichtungen, die in Partnerschaft mit der Wirtschaft in Angriff genommen werden. Viele Möglichkeiten gibt es in der sozialen Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit zur Gestaltung und Pflege des Wohnumfeldes, zur Arbeit in Nachbarschaftstreffs, beim Quartiersmanagement und zur Erfüllung von Aufgaben der Lokalen Agenda 21. Das Beispiel der Schaffung eines Wander- und Radwege- sowie eines Wasserwandernetzes mit Bootsanlegestellen ist ein gutes Beispiel für nachhaltige Arbeit, die weitere Effekte für Tourismus und Attraktivität der Region erzielt. Ich könnte mir z.B. gut vorstellen, die Betreuung, Erhaltung und Pflege von Sportstätten und touristischen Einrichtungen im Rahmen eines sozialen Wirtschaftsbetriebes zu realisieren. Da würden kommunale Stellen und Zuschüsse gebündelt mit festen geförderten Stellen, die gleichzeitig tarifgerecht zu bezahlen sind. In Oberhof ist die Tourismus GmbH ein solcher sozialer Wirtschaftsbetrieb. Fördermittel müssen vernetzt und sinnvoll eingesetzt werden. Da brauchen wir Ideen und Engagement, damit es nicht bei den 1 –2 Eurojobs bleibt. Das ist unser Anspruch als PDS! Aber die Gegenwart zeigt, dass herrschende Politik mit dem vorgesehenen Einsatz der finanziellen Mittel, der rechtlichen Ausgestaltung sowie der Art und Weise der Umsetzung von Hartz IV keine wirklichen Ansätze bietet, um öffentlich geförderte Beschäftigung in versicherungspflichtiger Arbeit tatsächlich voranzubringen. Das müssen wir auf allen Ebenen - kommunal, in den Ländern und im Bund - immer wieder politisch einfordern.

Aufklärung tut not. Für viele Menschen scheinen die Argumente der Herrschenden plausibel. Wir müssen alle sparen ! Notwendig ist, sich nicht mit den gesetzlichen Tatsachen abzufinden, sich mit konkreten Politikangeboten und einem eigenen Profil in die Arbeit von Bündnissen einzubringen, um einen politischen Richtungswechsel zu erreichen. Gleichzeitig gilt es neue Wege zu suchen und dafür zu sorgen, dass es tatsächlich ein Umsteuern gibt. Das ist schwer und dafür brauchen wir einen langen Atem, aber es ist für unsere sozialistische Partei unverzichtbar.